

Ende der Reformära: 1977 bis 1982

Einleitung

In dieser Zeitperiode stieg die Arbeitslosigkeit dramatisch von 5,2% auf 8,9% in Hannover. In vielen Betrieben wurden Arbeitsplätze abgebaut, bei Telefunken das Werk II komplett geschlossen. Dennoch gelang es der IG Metall Hannover in dieser schwierigen Zeit die Mitgliederzahl leicht zu steigern – von 49.000 auf über 50.000 Mitglieder.

Der Streik in der Stahlindustrie zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde mit einem Kompromiss beendet, der zusätzliche freie Tage und einen Stufenplan für den sechswöchigen Urlaub vorsah. Auch in der Metallindustrie kam es 1981 zu bundesweiten Warnstreiks. Mit dem Druck von mehr als drei Millionen Teilnehmenden an Warnstreikmaßnahmen konnte die IG Metall eine Tariferhöhung von 4,2% durchsetzen.

Nach der letzten positiven Reform im Jahr 1976 – der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes – begann die dramatische Phase der Einschränkungen im Sozialbereich und der finanziellen Begünstigungen für Unternehmer. Um der steigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen, verkündete die sozialliberale Regierung 1981 die »Operation 82« mit drastischen Einschnitten in soziale Leistungen. Nach dem Konflikt um die Notstandsgesetzgebung war dies eine erneute Belastungsprobe zwischen Gewerkschaften und SPD, enttäuschte viele ihrer Wähler aus dem gewerkschaftlichen Lager.

Dieser Sozialabbau reichte der FDP nicht und so kam es zum Bruch der SPD-FDP-Koalition. Am 1. Oktober 1982 wurde nach einem erfolgreichen Misstrauensvotum Helmut Schmidt vom Bundestag gestürzt, und Helmut Kohl wurde Bundeskanzler. In Niedersachsen gewann die CDU unter Ministerpräsident Ernst Albrecht bei den Landtagswahlen 1978 und 1982 die absolute Mehrheit. Infolge eines zunehmenden Umweltbewusstseins vieler Menschen, gründete sich 1980 die Partei »Die Grünen«. In Niedersachsen kam es zu heftigen Protesten gegen das geplante Atommüll-Lager in Gorleben.

Zentrales politisches Thema der Zeit von 1980 bis weit über 1982 hinaus war der Kampf gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Gegen diesen Kurs der SPD-FDP-Regierung mobilisierte die Friedensbewegung ab Oktober 1980 über vier Millionen Unterschriften unter den »Krefelder Appell«. Am 10. Oktober 1981 demonstrierten 300.000 Menschen in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. In dieser Frage unterstützten die Vorstände der DGB-Gewerkschaften den Kurs von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Trotz einer Ansage des IG Metall-Vorstandes, an der Demonstration in Bonn nicht teilzunehmen, beteiligten sich viele Vertrauensleute und Betriebsräte. Dies führte zu internen Konflikten – sowohl bundesweit als auch in der hannoverschen IG Metall.

Jahr	Politik	IG Metall in Bund und Land Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
1977	»Deutscher Herbst«: Ermordung von Schleyer, Buback und Ponto durch die RAF Niedersachsen: Landesregierung von CDU und FDP, Ministerpräsident Ernst Albrecht Erste Ausgabe von Emma	Der Gewerkschaftstag der IG Metall fordert die 35 Stunden Woche Verstärkte Einführung von Industrierobotern, CNC-Maschinen und Personalinformationssystemen in den Betrieben	Arbeitslosigkeit: 5,2% IGM-Mitglieder: 49.191
1978	Niedersachsen: Landtagswahl, absolute Mehrheit für die CDU, Ministerpräsident: Ernst Albrecht »Tabu-Katalog« der Arbeitgeberverbände zur Tarifpolitik Hannover: Hungerstreik gegen Berufsverbote auf dem Klagesmarkt	Streik in der Stahlindustrie um die 35-Stunden-Woche. Ergebnis: u.a. 6 Wochen Urlaub für alle Baden-Württemberg: Streik zur Verdienstsicherung	2. Bevollmächtigter: Hans Berke Veranstaltung »100 Jahre Sozialistengesetz« Urabstimmung in allen VW-Werken in der Tarifrunde Tarifvertrag »Grundsätze der Entlohnung« (LORA) bei Volkswagen
1979	NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen Einmarsch der UdSSR in Afghanistan Demonstration gegen das Atom-Endlager: »Gorleben Treck« nach Hannover	Pfingst-Jugendtreffen des DGB in Hannover mit 10.000 Teilnehmenden IGM Frauenkonferenz verabschiedet 12-Thesen zur Frauenarbeit	Schließung des Werk II von Telefunken Gründung des Werkes von MTU in Langenhagen Tarifvertrag zur Lohndifferenzierung (LODI) bei Volkswagen
1980	Franz-Josef Straus (CSU) wird Kanzlerkandidat der CDU/CSU Bundestagswahlen: Koalition von SPD und FDP. Bundeskanzler: Helmut Schmidt 15./16.11.: »Krefelder Appel« gegen den NATO-Doppelbeschluss 12./13. Januar Gründung der Partei »Die Grünen«	Neue Schieds- und Schlichtungsvereinbarung in der Metallindustrie tritt in Kraft (Erleichterung bei der Zulässigkeit von Warnstreiks)	Warnstreiks für einen gemeinsamen Manteltarifvertrag in 20 Hannoveraner Betrieben. 10.3.: Abrüstungsvorschläge von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern, u.a. von Reinhard Schwitzer 1. September: Anti-Kriegstag: Veranstaltung des DGB mit Willy Brandt. Claus Wagner wird ehrenamtliches Mitglied des IG Metall Vorstandes
1981	Großdemonstration in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss mit 300.000 Teilnehmern Sparbeschlüsse der SPD-FDP-Regierung: »Operation 82« mit Einschnitten in soziale Leistungen	Erstmals flächendeckende Warnstreiks in der Tarifrunde der Metallindustrie (»Neue Beweglichkeit«). Bundesweit: ca. 3 Mio. Teilnehmende, im Bezirk Hannover: 299.192 Entgegen dem Vorschlag der Bezirkskommission (Hasso Düvel) wird Reimar Birkwald vom Vorstand zum neuen Bezirksleiter ernannt. Demonstration der IG Metall in Stuttgart »Widerstand gegen Sozialabbau«	Warnstreiks in der Metallindustrie in 57 Betrieben davon 26 aus Hannover. Interner Streit in der IGM über die Teilnahme an der Friedensdemonstration in Bonn
1982	Wahl in Niedersachsen: absolute Mehrheit für die CDU Lambsdorff-Papier zu Sozialabbau und Deregulierung Bruch der Koalition von SPD und FDP durch die FDP Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt Neue Koalition von CDU und FDP mit Bundeskanzler Helmut Kohl	Metallindustrie: neuer Manteltarifvertrag für Auszubildende tritt in Kraft Metallindustrie: Ende des Stufenplans: 30 Tage Urlaub für Alle Skandal um das gewerkschaftseigene Wohnungsunternehmen »Neue Heimat«	1.Mai: Proteste gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt 30.10.: Demonstration des DGB gegen Sozialabbau in mehreren Städten. In Hannover 50.000 Teilnehmende Arbeitslosigkeit: 8,9% IG M-Mitglieder: 50.793

Lebenssituation der Menschen

Einerseits stabilisierte sich die Lebenssituation der IG Metall-Mitglieder, weil die IG Metall Einkommenserhöhungen und eine schrittweise Einführung von 30 Tage Urlaub durchsetzen konnte. Andererseits wurde die steigende Arbeitslosigkeit von vielen als Bedrohung betrachtet. Zuerst von denjenigen, die bei Entlassungen und Werkschließungen ihren Arbeitsplatz verloren und längere Zeit arbeitslos waren. Aber auch bei denjenigen, die einen Arbeitsplatz hatten, schaffte die steigende Arbeitslosigkeit viel Verunsicherung. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg immer weiter an.

Bei großen Teilen der Jugend macht sich ein neues Lebensgefühl breit. Waren schon während der 1968er Studentenunruhen viele Konventionen in Frage gestellt worden, entwickelte sich nun eine Art »Protestkultur«: für Frieden und Abrüstung, gegen Atomraketen, für ausreichende Arbeits- und Ausbildungsplätze, gegen Sozialabbau, gegen die Nutzung der Atomkraft, gegen Berufsverbote für kommunistische Beamte. Es wurde üblich, sein Auto mit Aufklebern zu bestücken: Friedenstaube, »Atomkraft – nein danke!« und IG Metall-Aufkleber. Es entwickelte sich in »dieser Szene« eine Art eigene Kultur: Songs der holländischen Gruppe »Bots« fehlten auf keiner Friedensdemo: »Was wollen wir trinken« (1978), »Aufstehen« (1980) und »Das weiche Wasser bricht den Stein« (1981). Lieder von Hannes Wader waren sehr populär: »Es ist an der Zeit« (1980) und »Leben einzeln und frei« (1982). Dass Nicole mit dem Lied »Ein bisschen Frieden« 1982 den »Grand Prix Eurovision de la Chanson« gewann, wurde eher belächelt. Aber Ina Deters Song »Neue Männer braucht das Land« war ab 1982 der Kracher auf jeder Party. Daneben waren viele Songs aus England und den USA populär: Queen: »We are the Champions« (1977) und Michael Jackson mit »Thriller« (1982). Im Kino war 1977 die »Rocky Horror Picture Show« der Renner und 1982 der außerirdische »ET«. Im Fernsehen gab es einen Schub zur Aufarbeitung des Faschismus durch die amerikanische Serie »Holocaust«, was vielen Menschen die Augen über die Vernichtung der Juden durch die Nazis öffnete. Ganz anders die amerikanischen Familienserien »Dallas« (ab 1978) und »Denver Clan« (ab 1981).

Nicht nur in den Betrieben kam es zu technologischen Sprüngen wie die Einführung von Industrierobotern, CNC-Maschinen und Bildschirmarbeitsplätzen. Auch im Haushalt gab es gravierende Änderungen: Telefone mit Wählscheibe wurden vom einzigen Anbieter, der Deutschen Post, schrittweise durch Tastentelefone ersetzt, teilweise in »geschmackvollen« grünen und orangenen Gehäusen. Immer mehr Menschen entsorgten ihren Schwarz-Weiß-Fernseher und kauften sich ein Farbfernsehgerät, häufig von Telefunken, dem Marktführer aus Hannover. Anfang der 1980er Jahre waren große HiFi-Stereoanlagen der letzte Schrei – häufig aus Japan mit zu Türmen gestapelten Einheiten: Verstärker, Tuner und Kassetten-Recorder. Der 1974 am Markt eingeführte Golf von Volkswagen verkauft sich in immer höheren Stückzahlen und dominierte den Automarkt in der Bundesrepublik und Europa.

Politische Situation

Während sich in der Bundeshauptstadt Bonn die Koalition von SPD und FDP in einer Art Dauerkrise befand, regiert in Niedersachsen zunächst eine CDU-FDP-Koalition. Bei den Landtagswahlen von 1978 und 1982 erzielte die CDU jeweils die absolute Mehrheit. Ministerpräsident blieb bis 1990 Ernst Albrecht, der Vater von Ursula von der Leyen.

Bundespolitisch waren die Jahre von 1977 bis 1982 dramatisch. Im Grund war die Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 der letzte positive, wenn auch unzureichende Reformschritt der SPD-FDP-Regierung gewesen. Schon 1977 spricht der Erste Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, von einem »Stillstand der Reformpolitik«.¹ Während des Bundestagswahlkampfes gab es eine Kampagne »Stoppt Strauß!« gegen den Kanzlerkandidaten von CDU/CSU Franz Josef Strauß. Auch vor diesem Hintergrund wurde bei den Wahlen die SPD-FDP-Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt bestätigt.

Die Arbeitslosigkeit stieg weiter: Waren 1979 bundesweit noch 876.000 Menschen arbeitslos, waren es 1982 schon über 1,8 Millionen. Der steigenden Arbeitslosigkeit versuchte die SPD-FDP-Regierung mit Einsparungen im Sozialbereich und finanziellen Erleichterungen für Unternehmer zu begegnen. Am 30. Juli 1981 beschloss die Regierung eine »Operation '82« mit drastischen Einschnitten bei sozialen Leistungen, die eher an eine konservative als an eine sozialdemokratische Politik erinnerte.

Im Rahmen der »Operation '82« wurde das Volumen des Bundeshaushaltes nur um einen Prozentsatz unterhalb der Inflationsrate erhöht, was einem realen Rückgang entsprach. Für die Unternehmer kam es zu einer Steuerentlastung durch die Erhöhung der degressiven Abschreibung auf Anlagen. Der Beschluss sah annähernd 150 Positionen zu Einsparungen vor, insbesondere in den Bereichen »Arbeit und Soziales« sowie im öffentlichen Dienst. So wurden beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit die Kriterien für zumutbare Arbeit verschärft, Sperrzeiten verlängert, das Wohngeld gekürzt und Kuren eingeschränkt.² Kerngedanke dieser Politik war: »Die Gewinne von heute, sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.« Mit dieser verwegenen These ließ sich auch für eine sozialdemokratische Regierung rechtfertigen, die Gewinne der Unternehmer zu steigern – alles diene ja der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Gegen diese Grundorientierung der Bundesregierung regte sich Widerstand.

Im IG Metall Bezirk Baden-Württemberg wurde anders als in anderen Regionen nicht nur mit Worten gegen diese Politik vorgegangen. Die Bezirksleitung dort veröffentlicht ein legendäres Flugblatt mit der Überschrift »Widerstand!« und rief zu einer Demonstration in Stuttgart auf, an der sich 70.000 Teilnehmende beteiligen. Insbesondere die Formulierung »Widerstand!« gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Regierung fand vielfache Beachtung. Der Vorwurf, die Bundesregierung ginge »mit dem Mähdrescher« über die sozialen Leistungen hinweg, löste beim SPD-Finanzminister Hans Matthöfer wütende Reaktionen aus.³

Diese Politik der Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt war eine ernste Belastungsprobe für die damaligen engen Bindungen zwischen SPD

¹ IG Metall Vorstand, Geschäftsbericht 1977-1979, S. 13

² Rudolf Hickel, »Haushaltsoperation 82« – Politisch-ökonomische Hintergründe, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1981, S. 1069

³ Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1981, S. 1517ff.

und Gewerkschaften. Viele SPD-Wähler aus den Gewerkschaften waren enttäuscht und verbittert – eine Situation, die in der Nachbetrachtung stark an die Zeit während der Agenda 2010 unter Bundeskanzler Schröder erinnert. Dazu kam der Konflikt um den NATO-Doppelbeschluss und die geplante Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Deutschland. Zwar unterstützten in der Zeit bis 1983 die Vorstände der Gewerkschaften die Politik von Helmut Schmidt zum NATO-Doppelbeschluss, aber viele Mitglieder waren darüber empört und demonstrierten zusammen mit anderen Gruppen der Friedensbewegung. Der Rückhalt der Regierung und die Glaubwürdigkeit der SPD nahm in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft drastisch ab.

Doch diese Politik der Bundesregierung reichte den Arbeitgeberverbänden und der FDP nicht. Im September 1982 veröffentlichte der FDP-Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ein viel beachtetes Thesenpapier, das sich in weiten Teilen an Forderungen der Arbeitgeberverbände orientierte.⁴ Lambsdorff plädierte für einen drastischen Sozialabbau und eine steuerliche Entlastung der Unternehmer. Dieses Papier wurde später als »Scheidungserklärung« gegenüber dem Koalitionspartner SPD betrachtet. Die FDP wechselte die Seiten, unterstützte bei einem konstruktiven Misstrauensantrag Helmut Kohl und bildete zusammen mit der CDU eine neue Bundesregierung.

Im Jahr 1977 und den Folgejahren bekommen Terroraktionen der »Rote-Armee-Fraktion (RAF)« eine immer größere Bedeutung. 1977 wurden der Präsident der Arbeitgeberverbände Hanns Martin Schleyer, der Generalbundesanwalt Siegfried Buback und der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank Jürgen Ponto von der RAF ermordet. Diese dramatische Zeitperiode wird auch als »Deutscher Herbst« bezeichnet.

In der Zeit von 1977 bis 1982 erhalten aber auch die Themen Umweltschutz und Abkehr von der Atomwirtschaft in weiten Teilen der Bevölkerung, insbesondere bei der Jugend ein immer größeres Gewicht. Gerade in Niedersachsen, insbesondere im Wendland, wird der Protest der Bevölkerung gegen ein Atomendlager in Gorleben lauter. Am 31. März 1979 demonstrierten in Hannover dagegen etwa 100.000 Menschen bei der Abschlusskundgebung des »Gorleben-Treck«. Die Bauern aus dem Wendland brachten als Protest einen tonnenschweren Felsbrocken mit, der in Hannover am Weißbekreuzplatz gegenüber dem Pavillon abgeladen wurde. Die Stadt Hannover duldet dies und der Stein wird bis heute von Atomkraftgegnern regelmäßig mit neuer Farbe gestrichen. Zeitgleich gründet sich 1980 die neue Partei »Die Grünen« (heute Bündnis 90/Die Grünen).

Bereits im Jahr 1972 hatten die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt, den sogenannten Radikalenerlass verabschiedet. Er sah eine Überprüfung vor, ob Bewerber und Beschäftigte im öffentlichen Dienst sich jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einsetzen. Von Berufsverboten infolge dieses Erlasses waren überwiegend Mitglieder und Sympathisanten der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), insbesondere Lehrer betroffen. Mitte der 1970er Jahre wurde in Niedersachsen unter CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht dieser Erlass verschärft angewendet und erst 1990 von der SPD-Grünen-Regierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder wieder abgeschafft. Man kann davon ausgehen, dass von 1972 bis 1990 allein in Niedersachsen 172.000 Menschen vom Verfassungsschutz überprüft wurden. Von 1972 bis 1980 wurden 103 Bewerber nicht eingestellt, darunter 80 Lehrer. 62 Beamtinnen und Beamte wurden entlassen.⁵ Für die Betroffenen bedeutete dies ein Berufsverbot. In vielen

⁴ Vgl. https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0079_lam_de.pdf

⁵ Jutta Rübke (2018): Berufsverbote in Niedersachsen, Hannover, S. 23 und S. 84/85

Regionen, so auch in Hannover, setzten sich Bürgerinitiativen wie der »Aktionsausschuss gegen Berufsverbote« gegen diese Politik zur Wehr. Höhepunkt war in Hannover im Jahr 1978 ein mehrtägiger »Hungerstreik gegen Berufsverbote« auf dem Klagesmarkt von betroffenen Lehrerinnen und Lehrern.

Innerhalb der IG Metall Hannover war die Position zu den Protesten gegen die Berufsverbote uneinheitlich. Während sich Claus Wagner strikt dagegen abgrenzte, protestierten etliche haupt- und ehrenamtliche Metallerrinnen und Metaller gegen Berufsverbote. So erschien beispielsweise am 4. Oktober 1978 eine Anzeige in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung mit der Überschrift »Weg mit den Berufsverboten!«, die auch mehrere haupt- und ehrenamtliche Mitglieder der IG Metall namentlich unterzeichnet hatten. Darüber gab es intern heftige Konflikte.

Die Friedensbewegung

Ab 1979 bis Mitte der 1980er Jahre prägte die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa die politische Debatte. Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 sah einerseits vor, dass in Westeuropa neue amerikanische Mittelstreckenraketen – Pershing II und Cruise-Missiles – als Gegengewicht zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 stationiert werden. Andererseits schlug die NATO Abrüstungsverhandlungen der USA und der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen vor. Dies wurde von der SPD-FDP Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt ausdrücklich befürwortet. In den Gewerkschaften gab es in dieser Zeit zahlreiche Diskussionen über Frieden und Abrüstung. Eine besondere Bedeutung hatte die Broschüre »Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik«, die 1980 von mehreren Wissenschaftlern, dem damaligen Gewerkschaftssekretär Reinhard Schwitzer und dem DGB-Jugendbildungsreferenten, Klaus Busch, herausgegeben wurde.

Gegen die Politik der Bundesregierung und der NATO formierte sich eine Friedensbewegung, der sich immer mehr Menschen, auch Gewerkschafter, anschlossen. Der »Krefelder Appell« vom 15./16. November 1980 kann als Ausgangspunkt betrachtet werden. Bei einer Tagung in Krefeld veröffentlichte eine Gruppe diesen Appell, der sich auf die Kernaussage zusammenfassen lässt: »Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.« Erstunterzeichner waren u.a. die grüne Bundestagsabgeordnete Petra Kelly, der ehemalige Bundeswehr-General Gerd Bastian, der evangelische Geistliche Martin Niemöller und der Verfassungsrechtler Prof. Helmut Ridder. In der Folgezeit unterzeichneten über vier Millionen Menschen den Krefelder Appell.

Ein Höhepunkt der Proteste war die erste große Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn mit über 300.000 Teilnehmenden, zu der ein breites Bündnis von Friedensinitiativen und politischen Organisationen aufgerufen hatte. Die Organisation lag weitgehend bei der christlichen »Aktion Sühnezeichen«. Im Bonner Hofgarten versammelten sich wesentlich mehr Menschen als geplant und während der ganzen Veranstaltung herrschte eine besondere Stimmung von Solidarität und Friedenssehnsucht. Es sprachen u.a. Petra Kelly von den Grünen, der Schriftsteller Heinrich

Böll, die Witwe von Martin Luther King – Coretta King. Neben vielen anderen Künstlern beeindruckte der US-amerikanische Sänger Harry Belafonte.

Die Vorstände der DGB-Gewerkschaften, auch der IG Metall, riefen nicht zur Teilnahme an der Demonstration auf, da sie die Politik der Bundesregierung und den NATO-Doppelbeschluss unterstützten. Dies führte zu heftigen Konflikten innerhalb der IG Metall – sowohl bundesweit als auch in Hannover. Entgegen der Position des Vorstandes der IG Metall redete auf der Demonstration in Bonn dennoch ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Es war Georg Benz, der erklärte als Privatperson zu reden. Vom Vorstand der IG Metall wurde er deswegen hart kritisiert. Georg Benz hatte vor allem bei der Gewerkschaftsjugend viele Unterstützer. In Bonn haben sich tausende IG Metall Mitglieder an der Demonstration beteiligt.

Auch in der Ortsverwaltung Hannover kam es zu erheblichen Konflikten. In einer außerordentlichen Sitzung war die geplante Großdemonstration der Friedensbewegung am 10. Oktober das Hauptthema.⁶ Claus Wagner gab zunächst bekannt, dass der DGB-Bundesvorstand und der Vorstand der IG Metall beschlossen haben, nicht an der Demonstration teilzunehmen und auch nicht dazu aufzurufen. Claus Wagner bedauerte, dass Georg Benz angekündigt hatte, bei der Demonstration als Privatperson zu sprechen. Von den Vertrauenskörpern der Betriebe Berstorff, Hanomag und Kabelmetal wurden Anträge an die Vertreterversammlung gestellt, eine Teilnahme an der geplanten Demonstration zu ermöglichen.

Zwischenzeitlich hatte der Vorstand des DGB-Kreises Hannover einen Beschluss für die Teilnahme an der Bonner Demonstration verfasst und dies auch in einem Rundschreiben bekannt gegeben.⁷ Die damalige Vorsitzende des Kreisjugendausschusses, Marita Weber, erinnert sich: »Ich war damals KJA-Vorsitzende des DGB und wir haben einen Antrag in den DGB-Kreisvorstand eingebracht, dass der DGB-Kreis zur Teilnahme an der großen Friedensdemonstration in Bonn im Oktober 1981 aufruft. Dazu gab es heftige Diskussionen. Der DGB-Kreisvorsitzende, Friedel Theilmann, hat uns dabei unterstützt. Alle DGB-Kreisvorstandsmitglieder haben dafür gestimmt – mit Ausnahme von drei Vertretern der IG Metall: Claus Wagner, Hans Berkentin und Margot Krey. Ich war die einzige Vertreterin der IG Metall, die dafür gestimmt hat. Das gab natürlich Ärger.

Nach dem Beschluss habe ich als DGB-KJA-Vorsitzende die Vertrauenskörperleitungen der Metallbetriebe angeschrieben und sie gebeten, für die Teilnahme an der Demo zu werben. Acht Tage danach hat mich Claus Wagner in sein Büro zitiert. Er hat mich heftig kritisiert, da die Ortsverwaltung der IG Metall einen gegenteiligen Beschluss gefasst hatte. Was mir denn einfiel, mich als KJA-Vorsitzende an die VK-Leitungen der Metallbetriebe zu wenden. Der Ortsvorstand der IG Metall hat dann ein Rundschreiben verschickt, wonach IG Metall-Mitglieder nur als »Privatpersonen« teilnehmen könnten und keine IG Metall-Fahnen auf der Demo zeigen dürften. Wir haben natürlich unsere IG Metall-Fahnen trotzdem mitgenommen. Aus Hannover sind zwei Sonderzüge nach Bonn gefahren, die proppenvoll waren. Schätzungsweise 2.000 Personen.«⁸

⁶ Niederschrift über die außerordentliche Ortsvorstandssitzung am 25.9.1981, 9:00 Uhr. Archiv der IG Metall Hannover

⁷ DGB-Kreis Hannover, Rundschreiben vom 16. September 1981; Anlage zum Protokoll der Ortsvorstandssitzung der IG Metall Hannover vom 1.10.1981; Archiv der IG Metall Geschäftsstelle Hannover

⁸ Zeitzeugengespräch mit Marita Weber

In der nächsten Sitzung des Ortsvorstands Anfang Oktober wurde weiter diskutiert.⁹ Claus Wagner stellte zunächst ein 10-Punkte-Programm zum Thema Frieden und Abrüstung vor und spitzte dann zu. Wörtlich: »In das Kuratorium ›Sühnezeichen für den Frieden‹ dürfen wir uns als IG Metall und DGB nicht reindrängen lassen und es ist auch nicht unser erklärter Wille. Der Beschluss des IG Metall-Vorstandes und des DGB-Bundesvorstandes muss von allen hauptamtlichen wie ehrenamtlichen Kollegen dieses Ortsvorstandes getragen werden. Eine Teilnahme des einzelnen sei weiterhin nicht möglich. ... Es kann nicht sein, dass jemand bei der IG Metall Gehalt bezieht und gegen unsere Beschlüsse handelt.« Dies richtet sich offensichtlich gegen die beiden Sekretäre Reinhard Schwitzer und Alfred Klose. Im Protokoll ist dazu vermerkt: »Wenn Kollege Schwitzer an der Demonstration teilnimmt, dann als Staatsbürger und nicht als IG Metall. Er wird dort keine Erklärungen im Sinne der IG Metall abgeben.«¹⁰

Die Position von Claus Wagner wurde in der Sitzung unterstützt von Siegesbert Kassubowski und Walter Zarnikow (Hanomag), Benno Kanthak (Krupp Stahlbau), Hans Berkentin (Zweiter Bevollmächtigter) und Burkhard Kluge (VW-VK-Leiter). Herbert Flamme von der Vertrauenskörperleitung Volkswagen erklärte hingegen, dass er nach Bonn fahren werde. Hans Kuck von der VAW-Leichtmetall sagte, dass er zwar nicht nach Bonn fahre, aber die Vorgehensweise von Claus Wagner nicht in Ordnung finde.¹¹ Die engstirnige Politik des Bevollmächtigten führte bei den Mitgliedern zu sarkastischen Jokes. Man begrüßte sich mit der Frage: »Na, bist du auch als Privatperson hier?« Die internen Streitigkeiten innerhalb der IG Metall hielten bis zum 12. Juli 1983 an, als der Beirat der IG Metall sich unmissverständlich gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen stellt.

Situation in den Betrieben

Bis Mitte der 1970er Jahre wurde weitgehend ohne EDV-Unterstützung gearbeitet. Die Zeit von 1977 bis 1982 brachte in vielen Betrieben und in fast allen Abteilungen dramatische Veränderungen. Computergesteuerte Maschinen und Bildschirmarbeitsplätze hielten erst Ende der 1970er Jahre in den Betrieben Einzug. Plötzlich sahen sich Betriebsräte und Belegschaften mit neuen Technologien konfrontiert, so zum Beispiel:

- Die klassischen Werkzeugmaschinen erhielten schrittweise NC-Steuerungen und später CNC-Steuerungen.
- Im Karosseriebau der Autoindustrie wurde die schwere Arbeit der Werker mit Schweißzangen von Industrierobotern übernommen.
- In der Unterhaltungsindustrie wurde schrittweise die manuelle Bestückung von Leiterplatten auf Bestückungsautomaten umgestellt.

⁹ Protokoll der ordentlichen Ortsvorstandssitzung vom 1. Oktober 1981; 10:30 Uhr. Archiv der IG Metall Hannover

¹⁰ Ebd. Im Protokoll der OV-Sitzung fehlt das entscheidende Wort »nicht«. Es wurde aber so beschlossen. Aussage Reinhard Schwitzer.

¹¹ Ebd.

- In den Büros wurden die elektrischen Typenhebel-Schreibmaschinen zunächst durch IBM-Kugelkopf-Schreibmaschinen und später durch Textverarbeitungs-Automaten ersetzt, bevor die Textverarbeitung am PC mit WORD Standard wurde.
- Die manuellen Verwaltungsarbeiten wie etwa die Buchhaltung, das Controlling oder die Fertigungsplanung und Fertigungssteuerung wurde von Offline-EDV-Systemen mit Lochkarten auf Computer-Systeme mit Bildschirmarbeitsplätzen umgestellt.
- Im Konstruktionsbereich verschwanden schrittweise die Zeichenbretter und wurden durch CAD-Systeme ersetzt.
- Das Personalwesen wurde durch computergestützte Systeme wie etwa PAISY unterstützt (PAISY = Personal-Abrechnungs- und Informationssystem).

Alkohol und Rauchen bei der Arbeit

Aus heutiger Sicht ist es fast nicht mehr vorstellbar, aber ab den 1960er bis in die 1980er Jahren war es in den Betrieben üblich, dass etliche Beschäftigte bei der Arbeit rauchten und Alkohol tranken – sowohl in der Produktion als auch in den Büros. Mitte der 1960er Jahre kam es bei Hanomag zu einem »Bierstreik«. Jürgen Peters erinnert sich: »Der Vorstand der Hanomag hatte beschlossen, die Kantinen auszugliedern. Und der neue Pächter hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Preise stark anzuheben. Das hat nicht nur zu großem Unmut geführt. Wie ein Lauffeuer ging es durch die Betriebe, die Kantinen nunmehr zu boykottieren. Das Kuriosum: Mit Sackkarren haben die ›Kumpels‹ Bier und andere Getränke von außerhalb des Werkes geholt. Aus dem Werkstor raus, über eine viel befahrene Straße und wieder zurück. Das kam einem ›Happening‹ gleich. Diese solidarische Aktion führte zum Erfolg: Die Preiserhöhungen wurden zurückgenommen.«¹²

Der Konsum von Alkohol und Nikotin bei der Arbeit änderte sich erst schrittweise in den 1990er und 2000er Jahren. Die Änderung war einerseits auf geänderte Arbeitsschutzregelungen, aber auch auf Vorgaben für die Qualitätssicherung zurückzuführen. Heute wird fast überall das Alkohol- und Rauchverbot strikt eingehalten.

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebspolitik und insbesondere zur Vertrauensleutewahl 1979 wurde von der IG Metall mit folgendem Motto gearbeitet: »Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht!« Das stand auf vielen Vordrucken von Flugblättern. Rolf Homeyer, damals Betriebsratsmitglied bei kabelmetal erinnert sich: »Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht: Das war für die konservativen Metallarbeitgeber natürlich eine Kampfansage. Da gehörten die kabelmetal Führungskräfte natürlich mit dazu.«¹³

In vielen Hannoveraner Betrieben wurden schrittweise Arbeitsplätze abgebaut. Im Jahr 1979 eskalierte die Situation bei Telefunken, dem damals zweitgrößten Betrieb in Hannover mit fast 5.000 Arbeitsplätzen.

Telefunken¹⁴

¹² Zeitzeugengespräch mit Jürgen Peters

¹³ Zeitzeugengespräch mit Rolf Homeyer

¹⁴ Zeitzeugengespräche mit Heinz Jewski und Hartmut Meine

Wer heute in einem Technikmarkt nach einem neuen Fernsehgerät sucht, hat die Auswahl zwischen Geräten von Samsung, LG, Sony und Philips. Dies war in den 1960er und 1970er Jahren gänzlich anders. Damals hatte man die Auswahl zwischen Telefunken, Grundig, Saba, Nordmende, Loewe und Blaupunkt. Die deutsche Unterhaltungsindustrie hatte damals ihre Blütezeit, bevor sie in den Jahren ab 1980 einen brutalen Niedergang erlebte, weil sie der Konkurrenz aus Japan und Ostasien nicht gewachsen war.

Schon 1945 übernahm Telefunken alle Anteile an der Vorgängerfirma Huth-Apparatebau an der Göttinger Straße und produzierte dort Rundfunk- und später auch Fernsehgeräte. Die gewerkschaftliche Situation war bis in die 1960er bei Telefunken problematisch. Es wird von einem niedrigen Organisationsgrad in Höhe von 15% berichtet. Ende der 1950er Jahre wird ein Beschäftigter Betriebsratsvorsitzender, der gewerkschaftlich nicht organisiert ist. Später tritt er in die DAG ein. Erst ab 1963 stellt die IG Metall den Betriebsratsvorsitzenden.

Nur wenige erinnern sich noch daran, dass Telefunken im Jahr 1978 in mit 4.800 Beschäftigten der zweitgrößte Metallbetrieb in Hannover war. Telefunken gehörte zum AEG-Konzern und war Marktführer bei Farbfernsehgeräten. Im Hannoveraner Forschungslabor von Telefunken hatte Prof. Walter Bruch das Farbfernsehsystem PAL entwickelt, das in Deutschland im Jahr 1967 eingeführt wurde. Ab 1967 werden in Hannover die ersten Farbfernsehgeräte produziert. Das Hauptwerk lag direkt am Kreisel entlang der Göttinger Chaussee, Mitte der 1960er Jahre wurde in Bornum das Werk 2 gebaut. Telefunken hatte weitere Produktionsstätten in Braunschweig, Celle, Mexiko und in anderen Ländern. In Hannover war die Firmenzentrale und die Fertigung von Rundfunk- und Fernsehgeräten, einschließlich der Komponenten, wie z.B. Leiterplatten, Ablenkspulen für Bildröhren, Kabel, Steckverbindungen und Kunststoffteile angesiedelt. Der Frauenanteil bei Telefunken lag bei etwa 60% der Belegschaft. An Fließbändern wurden von ihnen die Leiterplatten mit Transistoren, Dioden, Kondensatoren und Widerständen bestückt, bevor sie am Ende des Fließbandes über eine Lötwellen liefen. Diese Arbeit war belastend und monoton. Die Fließbänder waren auf der Basis von Vorgabezeiten ausgetaktet. Die Entlohnung erfolgte im Akkord.

Bei Telefunken arbeiteten engagierte Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall. Die dominierenden Persönlichkeiten waren die langjährige Betriebsratsvorsitzende Lucie Hupe und der langjährige Vertrauenskörperleiter Heinz Jewski.

Ab etwa 1979 begann der Niedergang. 1979 gab der Vorstand bekannt, dass das Werk 2 in Bornum geschlossen werden sollte. Am 15. November 1979 kam es im Anschluss an eine Betriebsversammlung zu einer 3½-stündigen Protestkundgebung auf dem Ricklinger Kreisel, der auch Telefunken Kreisel genannt wurde. Die Forderung war: Keine Schließung von Werk 2!

Der Beschäftigungsstand sank von 1978 bis 1981 von 4.803 auf 2.733 Beschäftigte. Neben der Schließung des Werkes 2 fielen viele Arbeitsplätze durch technische Rationalisierungen weg. Dies geschah durch betriebsbedingte Kündigungen mit Abfindungen gemäß Sozialplan. Der Arbeitsplatzabbau sollte weiter gehen (siehe hierzu S. XXX)

Heinz Jewski¹⁵

* 28. August 1935 in Hannover

¹⁵ Zeitzeugengespräch mit Heinz Jewski

VK-Leiter bei Telefunken

Nachdem Heinz Jewski einige Jahre in der Gastronomie gearbeitet hatte, wurde er krank, und ihm wurde eine Umschulung empfohlen. Er fand 1965 im Alter von 30 Jahren Arbeit bei Telefunken in Hannover Ricklingen und wurde dort für den Bereich Material- und Lagerwesen umgeschult. Bald war er Vorarbeiter und später Versandleiter für den Bereich Werks-Materialwesen, der für den werksinterne Waren-Verkehr der Telefunken Werke zuständig war. Heinz war Mitglied der NGG und trat am 1. September 1965 bei Telefunken zur IG Metall über.

Von zwei Kollegen wurde er angesprochen, ob er Vertrauensmann der IG Metall werden möchte. Als er zustimmte, wurde er gleich zu einem dreiwöchigen Seminar entsandt. Das Seminar fand 1966 in Lohr statt. Die Seminarleitung hatte der Bildungsreferent Claus Wagner. Im Seminar war an einem Tag auch Hans Preiss Referent, das spätere geschäftsführende Vorstandsmitglied, zuständig für Bildung. Heinz schildert dazu: »In dem Seminar habe ich zum ersten Mal erfahren, dass es so was wie eine Vertrauenskörperleitung gibt. Denn bei Telefunken war das anders. Jeweils ein Kollege des Betriebsrates im Werk 1 und 2 lud damals die Vertrauensleute ein. Als ich vom Seminar zurück kam wurde ich Vertrauensmann und später Mitglied der neu gewählten Vertrauenskörperleitung.«

Heinz engagierte sich stark als Referent in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Dazu berichtet er: »Mit Claus Wagner bekam die gewerkschaftliche Bildungsarbeit neuen Schwung. Mein Verhältnis zum Zweiten Bevollmächtigten, Fritz Westphal, war nicht gut, da Westphal eine absolute Kommunistenhatz eingeführt hat. Westphal hatte mich auf dem Kieker gehabt wegen meiner Arbeit als ehrenamtlicher Referent in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Es gab damals vier Betriebsratsvorsitzende, die ebenfalls einen stark antikommunistischen Kurs fuhren und mit Westphal eng zusammengearbeitet haben. Sie waren nicht begeistert über kritische Vertrauensleute. Dies waren: Siegesbert Kassubowski von Hanomag, Valentin »Bubi« Orth von Varta, Kurt Jansen von Westinghouse/Wabco und Wilhelm Peinz von kabelmetal. Die hatten sich offensichtlich bei Westphal über mich beschwert. Westphal fragte mich, ob ich in meinen Seminaren erklären würde: »Das Amt des Betriebsratsvorsitzenden ist kein Erbhof!« Da Claus Wagner gerade den Raum betreten hatte, konnte ich antworten: »Ja, das stimmt. Das habe ich bei Claus Wagner gelernt. Damit war die Sache zu Ende. Claus hat mich geschützt.«

Heinz Jewski berichtet über die internen Konflikte in der IG Metall zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen: »Wir hatten – trotz aller Wertschätzung – auch Konflikte mit Claus Wagner. Bei der Frage des NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen haben wir uns mit ihm in die Flicker gekriegt. Als ich den Krefelder Appel gegen den NATO-Doppelbeschluss unterzeichnet habe, hat man mir gesagt, du bist doch auch Sozialdemokrat. Ich habe darauf geantwortet: Ich bin Sozialdemokrat, aber kein Kanzlerdemokrat.«

Bei den Demonstrationen gegen die Schließung von Telefunken standen Heinz Jewski und die Betriebsratsvorsitzende Lucie Hupe an der Spitze. In der Stadthalle fand eine Betriebsversammlung zu dem Thema statt. Dazu Heinz: »Nach Ende der Betriebsversammlung wurden wir mit Bussen zum Eingang des Werkes 1 zurückgefahren. Wir hatten organisiert, dass auch die Busse des Werkes 2 zum Werk 1 fahren. Wir hatten ein Megafon dabei. Ich wollte gucken, ob der Vorstand im Haus ist, und bin mit dem Megafon in Richtung Ricklinger Kreisel gelaufen. Plötzlich liefen alle hinter mir her und es entwickelte sich im wahrsten Sinne des Wortes eine spontane Demonstration. Anschließend wollte mir

die Geschäftsleitung an den Kragen, weil ich die Demo angeführt habe. Die Bevollmächtigten der IG Metall, Wagner und Berkentin, haben dann mit der Geschäftsführung geklärt, dass mir nichts passiert.« 1991 ging Heinz Jewski in den vorgezogenen Ruhestand. Danach bleibt er in der IG Metall aktiv – als Bildungsreferent und Arbeitskreisleiter sowie im Seniorenausschuss.

Lucie Hupe¹⁶

* 28. April 1930 in Siestedt bei Helmstedt; † 3. März 2010 in Hannover

Betriebsratsvorsitzende bei Telefunken

Lucie Hupe gehört zu den ganz wenigen Frauen, die im Bereich der IG Metall Hannover als Betriebsratsvorsitzende eines Großbetriebes gewählt wurden. Sie war über 17 Jahre Betriebsratsvorsitzende und Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH.

Sie begann im Mai 1945 im Alter von 15 Jahren eine Ausbildung als Verkäuferin. Im Jahr 1953 kam sie zunächst als Saisonarbeiterin und später als Arbeiterin im Prüffeld zu Telefunken. 1960 trat sie in die IG Metall ein, wurde 1964 Vertrauensfrau und 1965 in den Betriebsrat, im Jahr 1972 dann zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Unternehmen im Jahr 1989 wurde sie mehrfach wiedergewählt. Von 1969 bis 1993 war sie Mitglied der Ortsverwaltung.

Zur damaligen Zeit war es die absolute Ausnahme, dass eine Frau Betriebsratsvorsitzende eines Großbetriebes wurde. Der langjährige VK-Leiter Heinz Jewski erinnert sich: »Zuerst kam es bei einigen männlichen Facharbeitern Kopfschütteln, dass eine Frau Betriebsratsvorsitzende wurde. Das hat sich aber schnell geändert. Wir haben unter uns immer gesagt: Lucie steht ihren Mann! Lucie als Betriebsratsvorsitzende und ich als VK-Leiter haben uns immer abgesprochen und gemeinsam gehandelt.«¹⁷

Hartmut Meine, damals Vertrauensmann bei Telefunken, erinnert sich: »Lucie Hupe hatte ein resolutes und burschikoses Auftreten, auch gegenüber Managern und Vorstandsmitgliedern. Die Frage, ob sie auf Augenhöhe mit dem Management verhandelt, hat sie erst gar nicht zugelassen, sondern es als selbstverständlich vorausgesetzt. Sie hat selbstbewusst und engagiert gegenüber dem Vorstand die Interessen der Beschäftigten vertreten und hatte dabei ihre ganz speziellen ›Tricks‹, wie sie Manager in die Ecke drängte.«

Lucie war Zeit ihres Lebens nicht SPD-Mitglied, sondern parteilos, was damals für Betriebsratsvorsitzende die große Ausnahme war. Dies wurde aber von allen aufgrund ihres familiären Hintergrundes akzeptiert, denn sie kam aus einem kommunistischen Elternhaus. Heinz Jewski: »Vom Herzen war sie bei der SPD und hat auch regelmäßig SPD gewählt.« Gleichzeitig war sie Mitglied bei der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes). Sie war damals das einzige Ortsvorstandsmitglied der IG Metall, das nicht in der SPD war.

Lucie erinnert sich in einem Zeitzeugengespräch mit Gundolf Algermisen: »1979 begann ›die Zeit der Sozialpläne‹, wie wir es später nannten. Die Gesamtsituation über ›das Wohl und Wehe‹ des Telefunken-Standortes Hannover wurde letztlich in Frankfurt am Main bei

¹⁶ Gundolf Algermisen, Zeitzeugengespräche mit Lucie Hupe vom 25.9. bis 6.11.2008, in Algermisen, Gundolf Zeitzeugengespräche mit Lucie Hupe, Wolfgang Minniger und Gerhard Mogwitz; sowie Zeitzeugengespräche mit Heinz Jewski und Hartmut Meine

¹⁷ Zeitzeugengespräch mit Heinz Jewski

der AEG-Telefunken entschieden. Die uns von dort vorgelegten Plänen hatten immer einen Fehler, sie waren durch die Realität bereits überholt. Seit der erfolgreichen Entwicklung des PAL-Systems hatte man nicht viel Neues entwickelt, dieses Feld hatte man weitgehend japanischen Unternehmen überlassen.« In zahlreichen Verhandlungen mit dem Vorstand und im Aufsichtsrat konnte sie die Schließung von Telefunken herauszögern, aber letztlich nicht verhindern. Es blieb als letzte Chance, akzeptable Sozialpläne zu verhandeln, so dass die Beschäftigten nach ihrer Entlassung nicht gleich mittellos dastehen. Lucie erinnert sich: »Im März 1989 verhandelte ich den letzten Sozialplan in meiner aktiven Arbeitszeit. Ende März wurde ich verabschiedet – es war insgesamt ein tränenreicher Abschied.«

Hartmut Meine¹⁸

* 26. März 1952 in Hildesheim

Vertrauensmann bei Telefunken, später Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Hartmut Meine begann nach dem Studium als Wirtschaftsingenieur im Jahr 1976 bei der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH als Fertigungsplaner und trat in die IG Metall ein. Er erinnert sich: »Telefunken hatte damals fast 5.000 Beschäftigte und produzierte Hunderttausende Farbfernsehgeräte und HiFi-Anlagen pro Jahr – in zahlreichen Varianten und Länderversion. Der ganze Produktionsprozess wurde von einer sogenannten Arbeitsvorbereitung mit mehr als 100 Beschäftigten geplant und gesteuert. Was heute fast unvorstellbar ist: Keiner dieser Beschäftigten hatte einen Laptop oder PC. Die gesamte Steuerung lief off-line über eine zentrale EDV-Anlage. In meiner letzten Arbeitswoche bei Telefunken im Jahr 1979, bekam ein Sachbearbeiter im Stücklistenwesen den ersten Bildschirmarbeitsplatz, der mit der zentralen EDV-Anlage verbunden war. Wir sind alle zu ihm hin gegangen und haben das neue Teil bewundert.«

1977 wurde Hartmut als Vertrauensmann der IG Metall gewählt. Er erinnert sich: »Ich war insbesondere beeindruckt von der Arbeit der Betriebsratsvorsitzenden Lucie Hupe und des VK-Leiters Heinz Jewski. Ich habe aber auch von vielen anderen Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern gelernt, so z.B. von Erich Blohm, Günter Petersdorf und Rudi Kumerow. Die Vertrauensleute kamen neben den turnusmäßigen Sitzungen alle 14 Tage zu betrieblichen Arbeitskreisen von Arbeit und Leben zusammen. Insgesamt hat mich die Zeit im Vertrauenskörper bei Telefunken stark geprägt.« In dieser Zeit arbeitete Hartmut Meine im hannoverschen Komitee gegen Berufsverbote mit.

1979 wechselte er zunächst zum DGB und dann 1981 in das Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel. 1991 wird er Tarifsekretär und 1998 Bezirksleiter im IG Metall Bezirk Hannover. Ende 2016 ging er in Rente und hat mehrere Handbücher für Betriebsräte und Vertrauensleute veröffentlicht. Er lebt heute in Hannover.

Neben dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Schließung von Standorten kam es 1979 zu einer Neugründung. Der Münchner Flugzeug-Turbinenbauer MTU eröffnete in Langenhagen neben dem Flughafen einen neuen Standort mit zunächst 150 Beschäftigten. Mittlerweile

¹⁸ Zeitzeugengespräch mit Hartmut Meine

hat die MTU Maintenance in Langenhagen über 2.300 Beschäftigte und ist heute der drittgrößte Betrieb in der Hannoveraner Metallindustrie.

MTU Maintenance Hannover GmbH

In unmittelbarer Nähe des Flughafens befindet sich in Langenhagen bei Hannover die »MTU Maintenance Hannover GmbH«. Der Betrieb ist spezialisiert auf die Wartung und Instandhaltung von Triebwerken für zivile Flugzeuge. Die Abkürzung »MTU« stand ursprünglich für »Motoren- und Turbinen-Union«. Im Jahr 1979 wurde der Standort in Hannover gegründet. Der damalige zuständige Gewerkschaftssekretär Wolfgang Duda erinnert sich: »Es war ein neu gegründeter Standort mit einer komplett neuen Belegschaft, zu Beginn etwa 150 Kollegen.« 1981 fuhr er zusammen mit Claus Wagner in die MTU-Firmenzentrale nach München. In den Gesprächen mit dem Vorstand konnte geregelt werden, dass die MTU mit der IG Metall zusammenarbeitet, die Metalltarifverträge anwendet und eine Betriebsratswahl unterstützt. Wolfgang Duda: »Anhand meines Kalenders kann ich nachvollziehen, dass ich im Laufe von fünf Jahren insgesamt 54 Kontakte mit der MTU hatte. Wir haben gleich zu Anfang Vertrauensleute der IG Metall wählen lassen. Mit dem Werkleiter haben wir im November 1981 verabredet, dass wir eine Betriebsratswahl organisieren werden. 1982 gab es eine Belegschaftsversammlung zur ersten Betriebsratswahl. Die gewählten Betriebsratsmitglieder waren mehrheitlich Mitglied der IG Metall.«¹⁹ Im März 1982 gab es die erste Betriebsversammlung, zu der der neu gewählte Betriebsrat eingeladen hatte. 1986 arbeiteten bei MTU schon knapp über 500 Kolleginnen und Kollegen.²⁰

Die Besonderheit eines Wartungsbetriebes für Flugzeug-Turbinen schildert das Betriebsratsmitglied Michael Behé so: »Der Standort Hannover war seit der Gründung 1979 ein reiner Triebwerks-Überholungsbetrieb für die zivile Luftfahrt. Hapag Lloyd war damals der erste Kunde und deshalb wurde auch der Standort in Langenhagen in unmittelbarer Nähe des Flughafens gegründet. Ein Triebwerk kostet ca. 20 bis 30 Millionen Euro und bleibt während der Wartung im Besitz des Kunden. In der Regel bleibt ein Triebwerk ca. sieben Jahre am Flugzeug; danach muss es gewartet werden. Früher wurde jedes Triebwerk mit seinen 50.000 bis 100.000 Teilen komplett demontiert; heute werden sie zunächst boroskopiert, also visuell von innen inspiziert. Ganz wichtig ist es, dass bei dem Wartungsprozess am Ende nicht aus Versehen irgendein Werkzeug im Triebwerk bleibt, denn dann würde das gesamte Triebwerk während des Betriebs zerstört. Deshalb werden zu Beginn und am Ende der Wartung die Werkzeuge exakt dokumentiert. Man muss sich das etwa so vorstellen wie bei einer Operation, da darf auch kein Skalpell aus Versehen im Bauchraum bleiben. Wir haben in Langenhagen einen großen Prüfstand, wo am Ende der Wartung jedes Triebwerk getestet wird.«²¹ Heute ist Kai Eisenblätter Betriebsratsvorsitzender bei MTU.

Michael Behé²²

¹⁹ Zeitzeugengespräch Wolfgang Duda

²⁰ Zeitzeugengespräch Michael Behé

²¹ Ebd.

²² Zeitzeugengespräch mit Michael Behé

*26. März 1962 in Hannover

Betriebsratsmitglied bei MTU Maintenance

Michael Behé ging in Hannover zur Schule und erlangte seinen erweiterten Realschulabschluss. 1981 begann er bei Hanomag eine Ausbildung als Maschinenschlosser. Er trat dort 1981 in die IG Metall ein und wurde auch zum Jugendsprecher gewählt. Mitten in die Ausbildung platzte 1984 der Konkurs der Hanomag. Die IG Metall konnte regeln, dass die Auszubildenden ihre Ausbildung in einer speziellen Gesellschaft zu Ende bringen konnte. Da sich in der Zeit dort niemand um sie gekümmert hatte, trat er aus der IG Metall aus. 1985 ging er zur Luftwaffe und anschließend 1986 zur MTU Maintenance in Langenhagen. Er wurde als Triebwerk-Mechaniker eingestellt.

1989 trat er erneut in die IG Metall ein. Ende der 1980er Jahre startete bei MTU eine Initiative zur Neuorganisation der Arbeit, wobei die Beschäftigten vor Ort mehr Entscheidungskompetenz erhalten sollten. Michael und seine Kollegen entwickelten für ihr Team ein Gleitzeitmodell, was damals für den Produktionsbereich völlig ungewöhnlich war. Sie gingen zum Betriebsrat, um das Modell vorzustellen. Sie trafen dort zunächst auf relativ wenig Verständnis. Michael Behé erinnert sich: »Ich habe das Gleitzeitmodell dann im gesamten Betriebsratsgremium vorgestellt. Trotz etlicher ›Bauchschmerzen‹ wurde es dann vom Betriebsrat als Pilotprojekt genehmigt. Viele haben das kritisch beäugt, aber es hat sich hervorragend in der Praxis bewährt.«

In der Zeit um 1992 wurden von der Firmenleitung die Vorarbeiter abgeschafft und durch sogenannte Moderatoren ersetzt, die vom Team gewählt wurden. Michael erinnert sich: »Das Unternehmen hatte einen Kollegen als Moderator vorgeschlagen, der aber ein ganz herrschsüchtiger Vogel war. Alle hatten Angst, dass der Moderator würde. Dann wurde ich von den Kollegen vorgeschlagen, aber zunächst von der Geschäftsführung nicht zugelassen. Bei der Wahl erhielt der Vorschlag der Geschäftsführung aber null Stimmen. Schließlich wurde ich doch zugelassen und bin mit 8:0 Stimmen gewählt worden. Der Geschäftsführer erklärte mir daraufhin: ›Alle haben eine faire Chance, du aber nicht. Beim ersten kleinen Fehler bist du sofort weg.‹ Das hat unser Team aber erst recht motiviert und wir haben ganz toll zusammengearbeitet.«

1994 wurde Michael erstmals in den Betriebsrat gewählt. 1997 wurde er freigestellt und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Von 2000 bis 2014 war er Betriebsratsvorsitzender; bis heute ist er freigestelltes Betriebsratsmitglied. Seit 2000 bis heute ist er Mitglied der Tarifkommission für die niedersächsische Metall- und Elektroindustrie. Michael ist seit über 20 Jahren als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der MTU Maintenance GmbH. Von 2008 bis 2018 war er ebenfalls im Aufsichtsrat der MTU AG in München.

Weitere Firmen

In diesem Buch sind ca. 20 Firmen ausführlich beschrieben. Es ist nicht möglich, alle 144 Betriebe darzustellen, die von der IG Metall Hannover betreut werden. Um das Bild abzurunden, wird in der Übersicht auf der Seite XXX eine Auswahl von weiteren Industriebetrieben und Handwerksbetrieben kurz vorgestellt.

IG Metall im Bundesgebiet

Vor dem Hintergrund der steigenden Massenarbeitslosigkeit fanden auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 in Düsseldorf intensive Debatten darüber statt, wie der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen sei. Über die Forderung zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde heftig gestritten. Mit knapper Mehrheit fand die Forderung Aufnahme in die tarifpolitische EntschlieÙung, eine Prioritätensetzung sollte damit allerdings nicht verbunden sein.²³

Nur ein Jahr später forderte die IG Metall in der Stahlindustrie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Da sich die Arbeitgeber verweigerten, rief die IG Metall ihre Mitglieder zur Urabstimmung auf. Mit einer Zustimmung zum Streik von 87% begann der Streik am 28. November 1978. In einem besonderen Schlichtungsverfahren wurde am 6. Januar 1979 ein Kompromiss erzielt. Es blieb bei der 40-Stunden-Woche. Aber es wurden eine Lohnerhöhung von 4% bei einer Laufzeit von 15 Monaten sowie zusätzliche sechs Freischichten für in Nachtschicht Beschäftigten, drei Freischichten für über 50-Jährige sowie ein Stufenplan zum sechswöchigen Urlaub für alle vereinbart. Im Rückblick ist aber festzustellen, dass auch über die Stahlindustrie hinaus sechs Wochen Urlaub als neuer Standard vereinbart wurde. In der Metallindustrie endete der Stufenplan 1982 mit der Einführung von 30 Tagen Urlaub für Alle.

Im Jahr 1981 ging der bisherige Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Hannover, Helmut Buhl, in den Ruhestand. Bei der Debatte um die Nachfolge kam es zu einem Konflikt. Die Bezirkskommission schlug dem Vorstand den Bezirkssekretär Hasso Düvel vor, der sich durch seine herausragende Jugend-, Bildungs- und Handwerkspolitik ausgezeichnet hatte. Düvel war Mitglied der SPD, gehörte dort dem linken Flügel an. Seine konfliktorientierte Politik gegenüber den Unternehmern und der Regierung unter Helmut Schmidt fand allerdings beim Vorstand der IG Metall und bei einigen niedersächsischen Bevollmächtigten wenig Beifall. Entgegen dem Vorschlag der Bezirkskommission setzte der Vorstand der IG Metall nicht Hasso Düvel, sondern den Tarifexperten aus der Tarifabteilung der IG Metall Vorstandsverwaltung, Reimar Birkwald, als neuen Bezirksleiter ein. Diese ungewöhnliche Vorgehensweise des IG Metall Vorstandes führte im Bezirk Hannover zu weiteren Konflikten in den 1980er Jahren.

IG Metall in Hannover

Die größte Leistung der IG Metall in Hannover bestand in dieser Zeit darin, dass sie trotz Arbeitsplatzabbau und steigender Massenarbeitslosigkeit die Zahl der Mitglieder nicht nur konstant halten, sondern sogar leicht steigern konnte. Im Jahr 1977 hatte die IG Metall 49.191 Mitglieder und im Jahr 1980 sogar 52.619 Mitglieder. Dies war nur durch eine systematische und konsequente Mitgliederwerbung möglich. Im Jahr 1980 waren insgesamt 2.698 Vertrauensleute und Betriebsräte aktiv.²⁴

²³ Vgl. Kay Ohl, Wem gehört die Zeit? Arbeitszeit als Kampfterrain, in: Hofmann, J./Benner, Chr. (Hrsg.) (2019): Geschichte der IG Metall, S. 285

²⁴ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1978 bis 1980, S. 15

Diese Mitgliederentwicklung ist umso erstaunlicher als parallel dazu die konsequente Umsetzung eines ehrlichen Gewerkschaftsbeitrages von 1% des Bruttoeinkommens erfolgte. In vielen Betrieben hielt man es mit der Beitragsehrlichkeit nicht so genau. Daraufhin beschloss der Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 eine Kampagne mit dem Titel: »Ein Pfennig von jeder Mark, dieser Beitrag macht uns stark!« Die betriebliche Umsetzung dieses Beschlusses führte in etlichen Betrieben und bei vielen Mitgliedern zu Unmut. Die Umsetzung war auch deshalb schwierig, weil die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) mit Billig-Beiträgen versuchten, Mitglieder abzuwerben. In den Protokollen des Ortsvorstandes aus dieser Zeit wird regelmäßig über Schwierigkeiten im Umgang mit dem korrekten Gewerkschaftsbeitrag berichtet. Es war eine großartige Leistung der Betriebsräte und Vertrauensleute, dass dieser Beschluss konsequent umgesetzt wurde, ohne dass es zu nennenswerten Mitgliederverlusten kam. Lag der durchschnittliche Vollbeitrag in Hannover im Jahr 1977 noch bei 13,91 DM, stieg er bis 1979 auf 20,91 DM und 1982 auf 25,82 DM.²⁵

Für die IG Metall Hannover war es von besonderer Bedeutung, dass im Jahr 1980 ihr Erster Bevollmächtigter Claus Wagner ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall in Frankfurt wurde.

Demonstration gegen Sozialabbau 1982

Der DGB hatte 1982 für den Herbst ursprünglich Demonstrationen gegen den Sozialabbau durch die SPD-FDP Regierung geplant. Nach dem Regierungswechsel von der SPD-FDP-Koalition zur CDU-FDP-Koalition am 1. Oktober hatten die Demonstrationen plötzlich eine andere Zielrichtung. Da die Regierung Kohl bereits eine Verschärfung des Sozialabbaus angekündigt hatte, protestierten die Gewerkschaften gegen den geplanten Sozialabbau der neuen Regierung. Am 30. Oktober 1982 fanden Demonstrationen in fünf Großstädten mit insgesamt 430.000 Teilnehmenden statt. In Hannover kamen über 50.000 Gewerkschafter zu einer eindrucksvollen Demonstration zusammen.²⁶

Jugendarbeit

Wie schon in der Zeit von 1967 bis 1976 arbeiteten viele junge Metallerrinnen und Metaller in den Jugendvertretungen, in Betriebsjugendgruppen, im Ortsjugendausschuss und insbesondere in der Jugendbildungsarbeit aktiv mit. Die Zahl von jugendlichen Mitgliedern konnte deutlich gesteigert, ja sogar verdoppelt werden. Betrug sie 1977 noch 3.429 stieg sie im Jahr 1980 auf 7.117²⁷ In den Folgejahren stabilisierte sich die Mitgliederzahl bei den Jugendlichen bei ca. 6.500 Mitgliedern.²⁸

In der IG Metall Hannover wurde die Jugendarbeit systematisch mit Arbeitsplänen für die Gremien organisiert. Grundlage war ab 1980 eine Broschüre der IG Metall Bezirksleitung Hannover, die in Zusammenarbeit mit Metallern aus Nordrhein-Westfalen entstand. Die

²⁵ Geschäftsberichte der IG Metall Bezirksleitung Hannover 1975 bis 1977 sowie 1978 bis 1980 und 1981 bis 1983. Archiv der IG Metall Bezirksleitung für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

²⁶ IG Metall Vorstand, Der Gewerkschafter, Heft 11/1982, S. 25

²⁷ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Geschäftsbericht 1978 bis 1980, S. 201

²⁸ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Geschäftsbericht 1981 bis 1983 (S. 253) und 1984 bis 1986 (S. 170)

Comicfigur auf dem Titelbild erhielt den Spitznamen »Schorse«. Als inhaltliche Schwerpunkte der Arbeitspläne wurden vorgeschlagen:

- Jugendarbeitslosigkeit,
- Berufliche Bildung,
- Jugendarbeitsschutz,
- Jugendvertreterwahl 1980,
- Gewerkschaftliche Betriebsjugendgruppen,
- Freizeit- und Kulturangebote,
- »Aus der Geschichte für die Zukunft lernen«.²⁹

Marita Weber³⁰

* 11. September 1957 in Walsrode

Jugendvertreterin kabelmetal und später Erste Bevollmächtigte IG Metall Offenbach

Marita Weber begann nach der mittleren Reife im Jahr 1973 eine Ausbildung zum »Industriekaufmann« – wie es damals auch für Frauen hieß, und zwar bei kabelmetal in Hannover, der späteren Firma Nexans. Dort arbeiteten damals fast 2.800 Beschäftigte, davon 120 Auszubildende. Schon kurz vor ihrem Ausbildungsbeginn wurde sie Gewerkschaftsmitglied, da sie von ihrem Vater in die IG Metall aufgenommen wurde. Helmut Weber war langjähriger Erster Bevollmächtigter der IG Metall Stadthagen. Nach dem Ende der Ausbildung im Jahr 1976 arbeitete Marita als Industriekauffrau zunächst in der Abteilung »Export-Heizmatten« und später in der Materialdisposition für Starkstromleitungen. Von 1980 bis 1985 war sie Sekretärin des Betriebsrates von kabelmetal, mit einer Teilzeitstelle von sechs Stunden pro Tag.

Marita erinnert sich: »Ein halbes Jahr nach Ausbildungsbeginn hat mich der Vorsitzende der Jugendvertretung, Rolf Homeyer, zu einem Jugend-1-Seminar geworben. 1974 war die Jugendvertreterwahl, ich wurde zunächst als Ersatzmitglied gewählt und rückte nach wenigen Wochen als ordentliches Mitglied nach. Von 1978 bis 1982 war ich dann Vorsitzende der Jugendvertretung.

Den ersten großen Konflikt mit der Geschäftsführung hatten wir um die Einführung einer zweijährigen »Schmalspurausbildung«. Neben der dreieinhalbjährigen Ausbildung zum Energieanlagenelektroniker bzw. Maschinenschlosser sollte eine zweijährige Ausbildung zum Kabel-Jungwerker wieder eingeführt werden. Dagegen sind wir als Jugendvertretung Sturm gelaufen. Die zweijährige Ausbildung wurde bis Ende der 1980er Jahre angeboten und erst dann abgeschafft.«

Marita Weber engagierte sich in der Jugendarbeit der IG Metall und des DGB. Sie war von 1974 bis 1983 Mitglied des Ortsjugendausschusses der IG Metall Hannover. Im Kreisjugendausschuss des DGB war sie ab 1975 und von 1981 bis 1983 Vorsitzende – als Nachfolgerin von Heidi Pape. Marita erinnert sich: »Der Jugendraum im Gewerkschaftshaus in der Otto-Brenner-Straße war immer voll – wir waren ca. 20 Mitglieder. Wir wurden als OJA von Reinhard Schwitzer betreut. Er war schon immer sehr fordernd. Neben den engeren

²⁹ IG Metall Jugend, Bezirk Hannover (1980): »Komm und mach mit!« – Wir packen's an. Arbeitsplan für Ortsjugendausschüsse u.a., S. 5. Archiv der IG Metall Hannover

³⁰ Zeitzeugengespräch mit Marita Weber

gewerkschaftlichen Themen setzte Reinhard viele Akzente bei den Themen ›Frieden und Abrüstung‹ sowie beim ›Anti-Faschismus‹. Wir haben da viele Initiativen gestartet, wie z.B. die jährliche Gedenkveranstaltung am 8. April für die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen am Mahnmahl am Maschsee Nordufer. Wir hatten viele politische Veranstaltungen, z.B. zum Militärputsch in Chile«.

In der damaligen Zeit waren viele jüngere Gewerkschaftsmitglieder auch Mitglied in der SDAJ bzw. der DKP, auch etliche OJA-Mitglieder. Da gab es natürlich Konflikte mit Claus Wagner. Als Marita Weber 1986 als Verwaltungsangestellte in die IG Metall Bezirksleitung wechseln sollte, gab es einen Konflikt, da Marita damals Mitglied der DKP war. Der Bezirkssekretär für Jugend, Bildung und Handwerk, Hasso Düvel, wollte sie als seine Sekretärin beschäftigen. Claus Wagner und etliche Bevollmächtigte protestierten dagegen beim Bezirksleiter Reimar Birkwald, der sich aber davon nicht beirren ließ. Sein Spruch war: »Die Zeiten der Christenverfolgung sind vorbei!« In dieser Zeit hat sie weiter im bezirklichen Referentenarbeitskreis mitgearbeitet, hat Jugend-1-Seminare geleitet und wechselte später in den Referentenarbeitskreis für die F1 und BR1-Seminare.

1991 wurde Marita Weber Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Magdeburg. Von 2003 bis 2011 war sie Gewerkschaftssekretärin bei der IG Metall Göttingen. Seit 2011 ist sie Erste Bevollmächtigte der IG Metall Offenbach.

Ein Höhepunkt der Jugendarbeit war 1979 das Pfingstjugendtreffen, das vom DGB und maßgeblich von der IG Metall organisiert worden war. Es kamen über 10.000 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nach Hannover – eine Teilnehmerzahl die später nie mehr erreicht wurde. Das Veranstaltungsgelände war am Hannoverschen Congress Centrum (HCC). Geschlafen wurde in Zelten, die auf dem benachbarten, jetzigen Trainingsgelände von Hannover 96 aufgebaut waren. Der organisatorische Aufwand war immens und wurde unter Leitung von Hartmut Schulz und Klaus Busch (DGB), Hasso Düvel (IG Metall) und von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet. An den zwei Tagen wurde in politischen Workshops diskutiert, viele Kulturveranstaltungen präsentiert und kräftig gefeiert. Höhepunkt war eine Demonstration durch die Hannoveraner Innenstadt.

Bekannte Künstler traten auf, z.B. Hannes Wader, Dietrich Kittner, Lerryn (wie sich der spätere Bundestagsabgeordnete der Linken, Dieter Dehm, damals nannte), Liederjan und Schlauch (wie sich damals Bernd Köhler nannte). Zur politischen Einordnung des Pfingstjugendtreffens 1979 sagt der damalige Bezirksjugendsekretär der IG Metall Bezirksleitung, Hasso Düvel: »Das Treffen mit zehntausend Teilnehmenden ist nicht aus dem Nichts entstanden. Es ist das Ergebnis intensiver Bemühungen mit veränderten Formen unserer Jugendarbeit vor Ort. ... Durch die bei uns praktizierte Verknüpfung gewerkschaftlicher Interessenpolitik mit Kultur- und Freizeitaktivitäten ist es uns gelungen, neben der notwendigen Diskussion gewerkschaftlicher Forderungen auch wieder die persönlichen Bindungen unserer jungen Kolleginnen und Kollegen zu stärken.«³¹

Berufsbildung und Manteltarifvertrag für Azubis

³¹ Artikel in der Metallzeitung – Hannover, Heft 14, 18. Juli 1979; abgedruckt in IG Metall Bezirksleitung Hannover Geschäftsbericht 1978 bis 1980, S. 193

Inhaltlich lag in der damaligen Zeit ein Focus der Jugendarbeit auf der beruflichen Bildung. Dabei ging es um die Neuordnung der Ausbildungsberufe und die Abwehr von zweijährigen Ausbildungsberufen. Wichtig war auch die Abkehr von einem Beurteilungssystem, bei dem das subjektive Verhalten der Auszubildenden benotet wurde, hin zu einer Lernzielkontrolle anhand von sachlichen Kriterien.

Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes im Jahr 1969 durch die SPD-FDP-Koalition konnten zahlreiche Verbesserungen in der Berufsausbildung auf den Weg gebracht werden. Das Motto lautete: »Vom Lehrling zum Auszubildenden!« Bei der Jugend des IG Metall Bezirks Hannover wurde schon Mitte der 1970er Jahre die Forderung aufgestellt, einen Manteltarifvertrag für Auszubildende durchzusetzen. In über sechsjährigen Verhandlungen, konnte schließlich ein Manteltarifvertrag für Auszubildende durchgesetzt werden, der am 1. Januar 1982 in Kraft trat. Wesentlich dabei waren Themen, wie »Weg vom Erziehungsauftrag: Eisen erzieht« hin zu Ausbildungsinhalten, Abwehr ausbildungsfremder Arbeiten, Beurteilung von Auszubildenden, Arbeitsmittel, Ausbildungsbeauftragte und Übernahme in ein Arbeitsverhältnis. Zur Umsetzung des Tarifvertrages brachte die IG Metall zwei Broschüren heraus.

Bis in die 1980er Jahre war es üblich, dass das Verhalten und die Leistung der Auszubildenden mit sogenannten Beurteilungsbögen anhand subjektiver Kriterien beurteilt wurde. In der Regel beurteilten die Ausbilder anhand von ca. sieben bis acht Kriterien, für die Schulnoten vergeben wurden. In einem betrieblichen Beispiel erhielt ein Auszubildender für das Kriterium »Führung« die Schulnote zwei, wenn Folgendes zutraf: »Ordnet sich gut ein, sehr verträglich«. Die Schulnote 6 wurde bei: »Großschnäuzig, unwillig, unverträglich, unhöflich«.³² vergeben. Derartige Ausbildungsbögen wurden als Disziplinierungsinstrument kritisiert.

Marita Weber erklärt die Notwendigkeit des Wechsels von der subjektiven Beurteilung zur sachlichen Lernzielkontrolle: »Damals war es bei Kabelmetal wie in anderen Betrieben auch üblich, dass die Auszubildenden nach Verhaltensmerkmalen wie Aussehen, Kleidung, Ordnung, persönliche Arbeitsgüte usw. beurteilt wurden. Aufgrund dieser Beurteilungen gab es auch zusätzliche finanzielle Prämien. Wir nannten sie die »große Streberprämie« von 60 DM und die »kleine Streberprämie« von 40 DM pro Monat. Rund 60% der Auszubildenden haben die Prämie bekommen. Nach vielen Jahren konnten wir diese subjektive und disziplinierende Beurteilung abschaffen und durch ein System zur Ausbildungs-Zielkontrolle ersetzen. Vom Bezirks-Jugendausschuss der IG Metall gab es eine Arbeitsgruppe zur Forderung nach einem Manteltarifvertrag für Auszubildende. Es gab dazu verschiedene Arbeitshilfen, eine hieß: »Denn man tau mit dem MTVau.« Themen waren die tarifliche Verankerung von Büchergeld, Abwehr von subjektiven Beurteilungsbögen, und Systeme der Ausbildungsziel-Kontrolle nach sachlichen Kriterien. Als der MTV im Jahr 1982 in Kraft trat, hat uns das im Betrieb geholfen, den alten Beurteilungsbogen abzuschaffen.«³³

Frauenarbeit

Im Jahr 1977 hatte die IG Metall Hannover 5.299 weibliche Mitglieder, was 11% der Mitgliedschaft entsprach. Anders als heute wurde bis in die späten 1970er Jahre in den Gewerkschaften nicht an den »Internationalen Frauentag« am 8. März erinnert. Dies änderte

³² IG Metall Bezirksleitung Hannover (1981): Manteltarifvertrag für Auszubildende – Arbeitshilfe

³³ Zeitzeugengespräch mit Marita Weber

sich, als 1979 in der Zeitschrift »Der Gewerkschafter« des IG Metall Vorstandes auf Seite 1 ein Artikel mit dem Titel »Der 8. März, ein vergessener Feiertag« erschien.³⁴ Der Vorschlag war, dass der »Internationale Frauentag« bei der IG Metall »einen neuen und angemessenen Stellenwert erhalten« müsse. Diese Initiative wurde von der IG Metall Hannover umgehend aufgegriffen. Die anderen DGB-Gewerkschaften waren hingegen skeptisch. Deshalb lud die IG Metall Hannover eigenständig am 8. März 1979 erstmals zu einer Veranstaltung ein.

Heidi Pape, damals Betriebsratsmitglied bei Hanomag und Mitglied im Ortsfrauenausschuss, erinnert sich: »Es gab 1979 erstmals eine Veranstaltung zum ›Internationalen Frauentag‹. Die IG Metall wurde dazu von anderen Gewerkschaften etwas schräg angeguckt, weil damals dieser Tag in dem Ruf stand, eine kommunistische Angelegenheit zu sein. Die Veranstaltung am 8. März 1979 fand im NDR-Funkhaus im großen Saal statt. Hauptrednerin war die SPD-Politikerin Annemarie Renger. Wir haben später im Ortsfrauenausschuss (OFA) ein Konzept für den ›Internationalen Frauentag‹ entwickelt und wollten die Veranstaltung lebendiger und mitgliederorientierter gestalten. Wir haben im gesamten Freizeitheim Linden, in allen Räumen, eine Veranstaltung mit vielen Themen und Beteiligungen vorbereitet. Hauptkünstlerin war in einem Jahr die Sängerin Fasia Jansen aus dem Ruhrgebiet. Aber den größten Teil der Kulturveranstaltung haben wir selber gestaltet. Wir haben das systematisch über ein Jahr lang vorbereitet. Dabei hatten wir von Frauen aus anderen DGB-Gewerkschaften Unterstützung erhalten, weil in den anderen Gewerkschaften nichts zum ›Internationalen Frauentag‹ gemacht wurde. In den folgenden Jahren fanden immer ähnliche Veranstaltungen im Freizeitheim Linden statt. 2001 ist das dann auf den DGB übergegangen.«³⁵ Die ehemalige Bezirkssekretärin Helga Schwitzer kommentiert dies so: »Ich fand es schon damals ganz wichtig, einen besonderen Tag zu haben, an dem Gleichstellungspolitik in den Vordergrund gerückt wird. Es war wichtig, dass die Gewerkschaftsfrauen eine eigene kulturelle Veranstaltung machten. Im Laufe der Zeit wurden diese Veranstaltungen am 8. März immer politischer. Wir wollten auf die Belange der Gewerkschafterinnen aufmerksam zu machen. Später haben wir den internationalen Frauentag stärker in die Betriebe getragen. Es wurde ein Tag der frauenspezifischen Forderungen. Es gab damals – zumindest in Hannover – keine ausgesprochene Frauenbewegung. Die kam erst später.«³⁶

Rose-Marie Gucia³⁷

* 12. April 1937 in Hannover

Betriebsratsmitglied bei VAW Leichtmetall

Rose-Marie Gucia lebte mit ihrer Mutter und Schwester zunächst in der Falkenstraße und später in der Fannystraße. Rose-Marie besuchte die Hauptschule, wechselte dann in die Mittelschule, musste diese aber wieder verlassen, da die Mutter das Schulgeld nicht bezahlen konnte. Nach der Hauptschule besuchte sie eine kaufmännische Fachschule und fing bei der Landesversicherungsanstalt als Verwaltungsangestellte an, wo sie in die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) eintrat und Vertrauensfrau wurde. Sie unterbrach

³⁴ Karin Roth, Internationaler Frauentag, Der Gewerkschafter, Heft 3/1979, S. 1

³⁵ Zeitzeugengespräch mit Heidi Pape

³⁶ Zeitzeugengespräch mit Helga Schwitzer

³⁷ Zeitzeugengespräch mit Rose-Marie Gucia

1967 wegen der Geburt ihres Sohnes ihre Berufstätigkeit und fing 1970 in der Buchhaltung der VAW-Leichtmetall an. Sie hatte eine Teilzeitstelle und arbeitete fünf Stunden am Tag. Sie trat 1970 zur IG Metall über. Bei VAW-Leichtmetall arbeiteten wenige Frauen, vielleicht 10% der Belegschaft.

Als Rose-Marie das erste Mal das Betriebsrats-Büro aufsuchte und sagte, sie wolle gern gewerkschaftlich arbeiten, habe ein Betriebsratskollege gesagt: »Was willst du denn hier? Wir brauchen hier keine Frau!« Andere Betriebsratskollegen waren der Auffassung: Schicken wir sie doch in die Frauengruppe zur IG Metall. Rose-Marie hatte es sehr schwer, auf die Liste für die Betriebsratswahlen zu kommen, weil man sie dort nicht wollte. Als sie dann endlich bei der Wahl 1984 in den Betriebsrat gewählt wurde, war sie dort die einzige Frau und blieb es die ganzen Jahre bis zu ihrem Ausscheiden im Jahr 1993. Sie leitete den Ortsfrauenausschuss der IG Metall Hannover in einem Dreier-Team zusammen mit Margot Krey und Lucie Hupe. Sie engagierten sich stark in der Ausgestaltung des Internationalen Frauentags am 8. März. Rose-Marie startete mit anderen eine Initiative für die ersten gewerkschaftlichen Mutter-Kind-Seminare an der Heimvolkshochschule in Springe.

1993 schied Rose-Marie über eine Vorruhestandsregelung aus dem Arbeitsleben aus, blieb aber weiterhin gewerkschaftlich aktiv als Versichertenälteste und in der Seniorenarbeit. Über den DGB ist sie seit 2016 Mitglied im Seniorenbeirat der Stadt Hannover.

100 Jahre Sozialistengesetz

Im Oktober 1978 organisierte die IG Metall in der Niedersachsenhalle eine Veranstaltung mit über tausend Teilnehmenden zum Thema »100 Jahre Sozialistengesetz«, bei der der Erste Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, sprach. Dieses Gesetz wurde 1878 auf Betreiben des Reichskanzlers Otto von Bismarck vom Reichstag beschlossen und verbot für über zehn Jahre sämtliche Aktivitäten der Sozialdemokratie. Unter dem Motto »Aus der Geschichte lernen!« informierte die IG Metall ausführlich über die Unterdrückungspraxis des preußischen Obrigkeitsstaates. Dazu wurde ein Plakatserie und eine Broschüre veröffentlicht.

»Der 1. Mai ist unser Feiertag«

Die Veranstaltungen zum 1. Mai mit mehreren Demonstrationen und einer Abschlusskundgebung auf dem Klagesmarkt hatten in Hannover eine lange Tradition. Nach Ende der Kundgebung gab es bis 1978 keine weiteren gewerkschaftlichen Angebote. Mehrere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dachten über eine andere Art der Mai Veranstaltung nach und setzten dieses in die Tat um. 1979 fand erstmals nach der Kundgebung in einem Zelt auf dem Hof des DGB-Hauses eine kleinere Kulturveranstaltung statt. Da dies sehr positiv aufgenommen wurde, gab es im Folgejahr kulturelle und kulinarische Angebote in drei großen Zelten, die auf dem Klagesmarkt aufgestellt wurden. So entwickelten sich die 1.-Mai-Veranstaltungen mehr und mehr zu einer Art Familienfest mit Informationsständen und Kulturangeboten. Insbesondere viele der ausländischen Kolleginnen und Kollegen boten Spezialitäten aus ihren Heimatländern an.

Im Jahr 1982 war Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) als Hauptredner zur Maikundgebung eingeladen. Dies führte bei vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern schon im Vorfeld zu Kritik. Am 30. April erschien in der Neuen Hannoverschen Presse eine Anzeige von

über 100 Gewerkschaftern, in der die unsoziale Politik der SPD-FDP-Bundesregierung ab dem Jahr 1981 deutlich kritisiert wurde. Schon vor der Rede von Helmut Schmidt ertönten aus dem Kreis der 16.000 Teilnehmende Pfiffe und Buhrufe. Kurz nach Beginn seiner Rede verließ rund ein Drittel der Teilnehmenden den Platz und zog zum Kulturfest am Lister Turm.³⁸

Tarifpolitik

Für alle Werke der Volkswagen AG gilt nicht der Flächentarifvertrag der niedersächsischen Metallindustrie, sondern seit 1948 ein Haustarifvertrag, der zwischen Volkswagen und der IG Metall Bezirksleitung Hannover ausgehandelt wird. Die Jahre 1978 und 1979 waren gerade bei Volkswagen tarifpolitisch bedeutsam und hatten auch eine tarifpolitische Bedeutung, die über Volkswagen hinaus ging:

Tarifpolitik Volkswagen

- *1978 – Urabstimmung:* Die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen zogen sich hin und waren von spontanen Arbeitsniederlegungen in allen VW-Werken begleitet. Als es auch in der dritten Runde kein Angebot von Volkswagen gab, erklärte die IG Metall das Scheitern und führte – erstmals bei Volkswagen – am 19. und 20. April eine Urabstimmung in allen Werken durch. 88,6% der IG Metall Mitglieder sprachen sich für einen Streik aus. Kurz vor Streikbeginn war der VW-Vorstand bereit, in der Nacht von Freitag auf Samstag ein akzeptables Tarifergebnis mit der IG Metall abzuschließen.

Die Tarifkommission stimmte nach dramatischen und kontroversen Diskussionen dem Verhandlungsergebnis zu. Die mangelnde Kommunikation über das Wochenende und die nicht vorhandene Möglichkeit, das Verhandlungsergebnis in den Belegschaften zu diskutieren, führte allerdings bei den Vertrauensleuten und den Belegschaften zu großem Unmut. Es wurde verabredet, dass grundsätzlich zwischen Verhandlungen und Entscheidung der Tarifkommission einige Tage für die Diskussion liegen sollten.³⁹

- *1978 – Lohn-Rahmentarifvertrag (LORA) zum Leistungslohn:*⁴⁰ Seit den 1950er Jahren war bei Volkswagen in der Produktion ein klassisches Akkordsystem vereinbart, bei dem die Vorgabezeiten auf der Grundlage von Zeitstudien festgelegt wurden. Im Mai 1978 wurde der Tarifvertrag über die Grundsätze der Entlohnung (LORA) abgeschlossen, mit dem der bestehende Akkordlohn abgeschafft und durch den Standardlohn ersetzt wurde. Außerdem wurden fünf Minuten Erholzeit und drei Minuten persönliche Zeit pro Stunde durchgesetzt.
- *1979 – Tarifvertrag Lohndifferenzierung (LODI):*⁴¹ Die Eingruppierung erfolgte bei VW seit den 1950er Jahren auf der Grundlage eines Tarifvertrages zur analytischen

³⁸ DGB-Kreis Hannover (1990): 100 Jahre 1.Mai in Hannover, S. 51

³⁹ Betriebsrat VW Werk Hannover (Hrsg.) und Arbeitskreis VW Stöcken (2004): Rat und Tat – Chronik der Interessenvertretung des VW Werkes Hannover Stöcken, S. 336 sowie IG Metall Verwaltungsstelle Hannover (2002): Dieter Dicke: Erst im Blaumann – dann Gewerkschaftssekretär, S. 22

⁴⁰ Hartmut Meine (2019): Vom Wandel des Konflikts um Lohn und Leistung – der Kampf um Leistungsregulierung und Personalbemessung, in: Hofmann, J./Benner, C. (Hrsg.) (2019): Geschichte der IG Metall, Frankfurt a.M., S. 317

⁴¹ Ebd. S. 316

Arbeitsbewertung mit 28 Lohngruppen. 1980 wurde dieses System abgeschafft und durch den Tarifvertrag zur Lohndifferenzierung (LODI) ersetzt. Dieser Tarifvertrag sah anstelle der 28 Lohngruppen lediglich 12 Lohnniveaus vor. Grundlage der Bewertung waren nicht mehr einzelne Teiltätigkeiten, sondern eine ganzheitliche Bewertung von Arbeitssystemen, in denen einzelne Teiltätigkeiten zusammengefasst wurden.

Tarifpolitik Metallindustrie

1980 – Warnstreiks für einen gemeinsamen Manteltarifvertrag: Zur damaligen Zeit existierten getrennte Lohn-, und Gehalts-, und Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte. Die IG Metall verfolgte das grundsätzliche Ziel, diese künstliche Trennung aufzulösen und einen »einheitlichen Arbeitnehmerstatus« durchzusetzen. Deshalb forderte sie als ersten Schritt einen gemeinsamen Manteltarifvertrag und verbesserte tarifliche Regelungen, wie z.B. Erhöhung der Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Gleichbehandlung bei der Eingruppierung von Männern und Frauen, bessere Reiskostenregelungen, einen garantierten Akkordverdienst von 130% sowie Erholungs- und Verteilzeiten.⁴² Nach erfolglosen sechsjährigen Verhandlungen spitzte sich die Lage im Jahr 1980 zu. Da der Verband der niedersächsischen Metallarbeitgeber bei den Verhandlungen »mauerte«, rief die IG Metall ihre Mitglieder zum Warnstreik auf. Am 4. Dezember 1980 fanden in Niedersachsen in 57 Betrieben Warnstreiks statt. Insgesamt beteiligten sich 36.000 IG Metall Mitglieder an den Warnstreiks. Die Betriebe aus Hannover waren:

- Renk,
- Wabco, Werk I,
- Wabco, Werk II,
- VAW-Leichtmetall,
- G.F. Strate,
- Berstorff,
- MAN,
- Hänsel, jun.,
- Hanomag,
- Gildemeister Max Müller,
- Krupp-Stahlbau,
- Hävemeier & Sander,
- Telefunken,
- Teves,
- Siemens,
- Max Müller,
- Varta,
- Kabelmetal,
- Schörling
- W. Pruss⁴³

⁴² IG Metall Bezirksleitung Hannover, Flugblatt mit Aufruf zum Warnstreik für einen gemeinsamen Manteltarifvertrag vom 4.12.1980, Archiv der IG Metall Hannover

⁴³ Metall Tarfnachrichten vom 9.12.1980, abgedruckt in IG Metall Bezirksleitung Hannover, Geschäftsbricht 1978-1980, S. 27

Nach diesen erfolgreichen Warnstreiks gab es zwar Verhandlungsfortschritte, aber ein gemeinsamer Manteltarifvertrag konnte nicht durchgesetzt werden. Dies gelang erst 14 Jahre später – im Jahr 1994.

1981 – Erstmals Warnstreiks in einer Lohn- und Gehaltstarifrunde: Bis 1980 gab es zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall ein Schieds- und Schlichtungsabkommen, das Warnstreiks erst nach dem Ablauf eines gescheiterten Schlichtungsverfahrens zuließ. Deshalb waren – anders als heute – in einer Tarifrunde Warnstreiks die absolute Ausnahme. Im Jahr 1980 wurde eine neue Schieds- und Schlichtungsordnung vereinbart, die Warnstreiks nach dem Ende der Friedenspflicht, auch schon vor einem Schlichtungsverfahren zuließ. Dies eröffnete der IG Metall eine neue Handlungsmöglichkeit, die damals als »neue Beweglichkeit« bezeichnet wurde. In der Tarifrunde 1981 forderte die IG Metall eine Tariferhöhung von 6,5%. Als sich in den Verhandlungen bei den Arbeitgebern keine Bewegung abzeichnete, rief die IG Metall bundesweit ihre Mitglieder in der Metallindustrie und bei Volkswagen zu Warnstreiks auf. Bundesweit beteiligten sich im April circa drei Millionen Beschäftigte an den Warnstreiks, im Bezirk Hannover waren es 299.000.⁴⁴ Bei der Eröffnungsveranstaltung der Hannover Messe konfrontierte eine Demonstration der IG Metall vor dem HCC die angereisten Wirtschaftsvertreter mit ihren Forderungen. Tags zuvor war in den Hannoverschen Zeitungen eine Anzeige erschienen, die von mehreren Betriebsratsvorsitzenden unterzeichnet war und in der auf die Forderungen der IG Metall hingewiesen wurde. Der Betriebsratsvorsitzende von Krupp Stahlbau, Benno Kanthak, wurde daraufhin von der Geschäftsführung abgemahnt. Dieser Druck brachte die Arbeitgeber dazu, einem akzeptablen Kompromiss zuzustimmen. Schließlich wurde eine Tariferhöhung von 4,9% bei einer Laufzeit von zwölf Monaten vereinbart. In Hannover beteiligten sich Belegschaften aus 26 Betrieben. Die Beschäftigten von VW demonstrierten zur Unterstützung in Richtung von VARTA und blockierten fast eine Stunde die Bundesstraße B6. Die breite Beteiligung im Rahmen der neuen Beweglichkeit zeigte den Unternehmern die Kampfkraft der IG Metall und verdeutlichte ihnen, dass die Beschäftigten für einen unbefristeten Streik bereit waren. Die Verbindung von Mitgliedern in den Betrieben zur Verhandlungskommission wurde intensiver, die Kommunikation besser. Die IG Metall zeigte, dass sie auch eine Mitmachorganisation ist.

1979 – Warnstreik im KFZ-Handwerk: Im Jahr 1979 ergab sich in der Tarifrunde für das Kfz-Handwerk eine Situation, bei der die Unternehmer nur durch gewerkschaftlichen Druck zu Zugeständnissen bewegt werden konnten. Damals waren Warnstreiks im Handwerk noch nicht üblich. Deshalb wurde eine besondere Form gewählt. Der langjährige Betriebsratsvorsitzende der Mercedes-Benz-Niederlassung Achim Stein erinnert sich: »Im Jahr 1979 kam es erstmals zu Warnstreiks. Für uns war das damals Neuland. Wir debattierten, wie wir möglichst viele Beschäftigte zur Teilnahme motivieren konnten. Wir haben uns dann morgens um sechs Uhr im Freizeithaus Vahrenwald getroffen und erstmal eine Mitgliederversammlung gemacht, die nahtlos in den Warnstreik überging. Unser Gewerkschaftssekretär, Reinhard Schwitzer, hat dann gegen sieben Uhr die Niederlassungsleitung angerufen und ihnen erklärt: ›Wenn sie ihre Belegschaft suchen, die kommt erstmal nicht. Die ist hier bei uns auf der Warnstreikversammlung.«⁴⁵ Nach

⁴⁴ IG Metall Vorstand, Der Gewerkschafter, Heft 11/1981, S. 28

⁴⁵ Zeitzeugengespräch mit Achim Stein

mehreren Warnstreiks konnte dann ein akzeptables Tarifergebnis erzielt werden. Die Erfahrung mit erfolgreichen Warnstreiks schaffte die Voraussetzung für die Durchführung eines mehrwöchigen Streiks im niedersächsischen KFZ-Handwerks im Jahr 1983.